



Gemeindeamt
MILS BEI IMST
Bezirk Imst - Tirol

Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates Donnerstag, 29. Jänner 2009

Anwesende:

Bgm. Moser Gebhard, Ing.
Vbgm. Schöpf Bernhard, Bmst. Ing.
GV Menghin Manfred, Ing.
GV Praxmarer Hansjörg, Ing.
GR Hammerle Thomas
GR Huber Josef
GR Praxmarer Jürgen, Ing.
GR Schlierenzauer Manuela
GR Staggl Bettina
GR Westreicher Otto

Anwesende Ersatzmitglieder:

GR Thurner Thomas

Kassierin Köhle Barbara (zu Tagesordnungspunkt 3)
RA Dr. Moser Markus (zu Tagesordnungspunkt 8)

Entschuldigt nicht anwesend:

GR Hammerle Theo

Schriftführer: Huber Sabine

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 22.50 Uhr

Tagesordnung:

- Pkt. 1 Niederschrift der Sitzung vom 10.12.2008
- Pkt. 2 Flächenwirtschaftliches Projekt Milsberg –
Projektinformation durch DI Andreas Pohl
- Pkt. 3 Beschlussfassung Haushaltsplan 2009 und mittelfristiger Finanzplan
- Pkt. 4 Gewerbegebiet
Beratung Erschließungskonzept mit Festlegung der weiteren Vorgangsweise
- Pkt. 5 Gemeindearbeitertätigkeit – Neuregelung mit Stellenausschreibung
- Pkt. 6 Einführung Biomüllentsorgung
- Pkt. 7 Auslagerungsversicherung Abfertigung
- Pkt. 8 Einbringung Klage Getränkesteuer-Ersatzregelung beim Verfassungsgerichtshof
- Pkt. 9 Ansuchen gemäß § 59 Abs. 8 TBO betreffend Bp .165
Aufbringung eines Vollwärmeschutzes vor Grundstücksgrenze bzw. Straßenfluchtlinie
- Pkt. 10 Beschlussfassung Satzung des Schulverbandes
- Pkt. 11 Bericht des Bürgermeisters
- Pkt. 12 Anträge, Anfragen, Allfälliges

Der Bürgermeister stellt den Antrag zur Aufnahme der folgenden zusätzlichen Tagesordnungspunkte:

Tagesordnungspunkt 8:

Einbringung Klage Getränkesteuer-Ersatzregelung beim Verfassungsgerichtshof

Tagesordnungspunkt 9:

Ansuchen gemäß § 59 Abs. 8 TBO betreffend Bp .165

Aufbringung eines Vollwärmeschutzes vor Grundstücksgrenze bzw. Straßenfluchtlinie

Tagesordnungspunkt 10:

Beschlussfassung Satzung des Schulverbandes

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 1:

Niederschrift der Sitzung vom 10.12.2008

Die Niederschrift der Sitzung vom 10.12.2008 wird dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgebracht und unterfertigt.

Klarstellung Vbgm. Schöpf Bernhard zu folgender Wortmeldung:

Vbgm. Schöpf Bernhard hält fest, dass Praxmarer Heinrich auf Grund dessen, dass die Firmen Wachter und Hammerle bereits weit in der Entwicklung wären, einen Startnachteil habe.

Gemeint war, dass die Firma Hammerle Michael keine Schuld am Startnachteil der Firma Praxmarer habe.

Zu Tagesordnungspunkt 2:

**Flächenwirtschaftliches Projekt Milsberg –
Projektinformation durch DI Andreas Pohl**

Präsentation DI Andreas Pohl (siehe Anlage)

Zu Tagesordnungspunkt 3:

Beschlussfassung Haushaltsplan 2009 und mittelfristiger Finanzplan

Der Haushaltsplan lag gemäß Tiroler Gemeindeordnung durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf und wurde den Gemeinderatsmitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung übermittelt.

Einleitend erläutert der Bürgermeister, dass sich die laufenden Einnahmen und laufenden Ausgaben 2009 fast die Waage halten, dadurch verfügt die Gemeinde kaum über einen finanziellen Spielraum. Die Pflichtausgaben sind gegenüber dem Vorjahr um ca. 8 – 10 Prozent gestiegen. Dem gegenüber sinken zusätzlich die laufenden Einnahmen auf Grund der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung.

Der Budgetsituation zugute kommt lediglich ein Rechnungsüberschuss in Höhe von 131.000,- Euro, der hauptsächlich auf bisher nicht durchgeführte Vorhaben bzw. noch nicht fällige Budgetposten zurückzuführen ist. Darüber hinaus sind die Ertragsanteile und Erschließungsbeiträge höher ausgefallen als veranschlagt.

Bei der Erstellung des Haushaltsplanes 2009 konnten die Punkte Gewerbegebiet, Medalp und Agrargemeinschaft auf Grund zu vieler offener Fragen noch nicht berücksichtigt werden. Lediglich das Gewerbegebiet wurde als „Signalwirkung“ mit 20.000,- Euro im außerordentlichen Haushalt budgetiert. Im heurigen Jahr wird deshalb voraussichtlich der Beschluss eines Nachtragshaushaltes erforderlich, so der Bürgermeister.

Voranschlag 2009	Einnahmen	Ausgaben
Ordentlicher Haushalt	996.000,00 Euro	996.000,00 Euro
Außerordentlicher Haushalt	20.000,00 Euro	20.000,00 Euro
Summe Voranschlag	1.016.000,00 Euro	1.016.000,00 Euro

Im Vorstand wurden die Investitionen 2009 einvernehmlich besprochen und in den vorliegenden Haushaltsplan übernommen - Hauptbudgetposten 2009:

Beitrag Wildbach- und Lawinenverbauung Für Steinschlagschutz, Larsennbachbrücke und Schutzmaßnahmen im Oberlauf des Larsennbaches entlang der bestehenden Mauer	60.000,00 Euro (davon 30.000,00 Euro BDZW*)
Instandhaltung Gemeindewege	15.000,00 Euro
Gewerbegebiet (außerordentlicher Haushalt)	20.000,00 Euro
Rücklage Umbau Sportplatzgebäude	25.000,00 Euro
Investitionsrücklage	11.000,00 Euro
Krankenhaus Zams	15.300,00 Euro (davon 9.700,00 Euro BDZW*)
Altersheim	65.000,00 Euro (davon 40.000,00 Euro BDZW*)

*BDZW = Bedarfszuweisung

Der Bürgermeister erkundigt sich nach den Fragen bzw. Ergänzungen der Gemeinderäte:

Fragen Vbgm. Schöpf Bernhard – Beantwortung durch den Bürgermeister:

- Zuschuss Waldaufseherkosten wurde mit 0,00 Euro budgetiert?
Es gibt keinen Zuschuss mehr für die Waldaufseherkosten.
- Instandhaltung Sportplatz wurde nicht budgetiert?
Es wurden seitens des Sportvereins keine Instandhaltungsmaßnahmen für 2009 angemeldet, bei Bedarf wäre auch ein Beschluss während des Jahres möglich.
- Kirchliche Angelegenheiten – 2.000,00 Euro?
Der Betrag wurde für keine spezielle Verwendung budgetiert.
- Verein B.I.N. - 100,00 Euro?
Dieser Beitrag wurde in Absprache mit den Bürgermeistern des Bezirkes budgetiert.
- Mietzinsbeihilfe – 1.200,00 Euro?
Derzeit beziehen 3 Gemeindebürger Mietzinsbeihilfe.
- Instandsetzung Gemeindewege wurde nicht budgetiert?
Dafür wurden beim Budgetposten Instandhaltung Gemeindewege 15.000,00 Euro veranschlagt.
- Überdachung Vorplatz Musikpavillon?
Die Musikkapelle ist mit der Bitte an die Gemeinde heran getreten, man möge sich kümmern, welche Maßnahme sinnvoll und zweckmäßig wäre. Ein Vorschlag über eine eventuelle Überdachung könnte auch während des Jahres eingebracht und behandelt werden.

Fragen GR Thurner Thomas – Beantwortung durch den Bürgermeister:

- Formale Richtigstellungen:
Seite 4 - Gemeindeabgaben ab 1.1.2009; Kanalanschlussgebühr 4,43 Euro
- Eigenverbrauch Wasser, Kanal, Müll: bisher 2.800,00 Euro, 2009 5.000,00 Euro?
Der Eigenverbrauch ist nur für interne Zwecke zu verbuchen, war aber in der Vergangenheit zu nieder budgetiert.
- Heizmaterial – Steigerung um 27 Prozent?
Der Holzpreis schwankt jährlich stark und ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen.
- Warum wurde die Auslagerungsversicherung budgetiert, obwohl sie erst im Gemeinderat behandelt wird?
Wenn der Gemeinderat den Abschluss der Auslagerungsversicherung nicht beschließt, dann wird der Betrag anderweitig verwendet.
- Umbau Feuerwehrhaus – warum niedriger budgetiert als besprochen?
Der tatsächliche Umbau des Feuerwehrgebäudes erfolgt erst Ende 2009 bzw. Anfang 2010. Vorerst wurden deshalb für die Vorbereitung und Planung 10.000,00 Euro veranschlagt.
- Die Aufwandsentschädigung der Chronistin könnte in Anerkennung ihrer Leistung erhöht werden.
VbGm. Schöpf Bernhard ergänzt, dass sie auch die Homepage sehr aufwändig betreibe. Die Gemeinde sollte sich Gedanken machen.
Die Aufwandsentschädigung der Chronistin wird während des Jahres im Gemeinderat besprochen, so der Bürgermeister.
- Der Kirchenchorbeitrag 2009 könnte, sofern er aufgelöst wird, jenen Vereinen zufließen, die die Messgestaltung stattdessen übernehmen.
Sollte der Kirchenchor wirklich aufgelöst werden, so könnte der Beitrag auch dem Kirchenchor für eine Abschlussfeier zur Verfügung gestellt werden, so der Bürgermeister.
- Deutliche Erhöhung der privatrechtlichen Grundsicherung
Die Pflichtausgaben werden seitens des Landes vorgeschrieben, darauf hat die Gemeinde keinen Einfluss.
- Für die Förderung der Solaranlagen wurden lediglich 1.600,00 Euro budgetiert
Die Anzahl der tatsächlich in Anspruch genommenen Förderungen ist nicht abschätzbar. Ungeachtet der Höhe des Budgetansatzes wird aber selbstverständlich die Förderung bei Bedarf auch darüber hinaus ausbezahlt.
- Die Beleuchtung der Anschlagtafel Mils-Au wird angeregt.
Der Bürgermeister wird sich um eine geeignete Lösung bemühen.
- Anregung für die nächste Gebührenerhöhung: Angesichts der Gewinnentnahmen im Bereich Wasser und Kanal könnte die nächste Erhöhung der Gemeindeabgaben niedriger ausfallen.
Eine geringere Erhöhung wäre im Bereich Wasser und Kanal auf Grund der seitens des Landes vorgegebenen Mindestgebühren leider nicht möglich. Die Gemeinde muss sich, wenn auch schweren Herzens, an gewisse Vorgaben halten.

Der Gemeinderat beschließt mit 11 Ja-Stimmen den vorliegenden Haushaltsplan 2009 und den mittelfristigen Finanzplan 2009 bis 2012 zu genehmigen.

Der Bürgermeister bedankt sich abschließend bei der Kassierin Köhle Barbara für die Zusammenstellung des Haushaltsplanes.

Zu Tagesordnungspunkt 4:

Gewerbegebiet

Beratung Erschließungskonzept mit Festlegung der weiteren Vorgangsweise

Seit der letzten Gemeinderatssitzung am 10.12.2008 fand zweimalig eine Gemeindevorstandsbesprechung unter anderem zu diesem Thema statt.

Zwischenzeitlich erging die endgültige Zusage der ASFINAG an die Gemeinde, dass ein Erwerb der Flächen möglich ist. Beim Plan der ASFINAG wurde allerdings nicht - wie bis dato immer besprochen - eine Steinschlichtung sondern eine Böschung entlang des Gießens berücksichtigt. Somit ergäben sich so geringe Bautiefen, dass das Projekt scheitern würde. Der Bürgermeister ist allerdings zuversichtlich, dass es gelingen wird, eine Genehmigung für die Errichtung der Steinschlichtung zu erwirken.

Die Verschmälerung der B171 auf 7 Meter wurde seitens der Landesstraßenverwaltung bereits mündlich zugesichert. Auch die erforderliche Einbahn Richtung Osten müsse gelingen, so der Bürgermeister zuversichtlich hoffend.

Auf Basis dieser Fakten und der bei dem Gespräch mit den Gewerbetreibenden im Spätherbst 2008 besprochenen Zuordnung der Grundflächen wurde ein vorläufiges Verkehrserschließungskonzept durch einen Bauamtskollegen des Bürgermeisters in dessen Freizeit ausgearbeitet.

Auf Grund dessen, dass die Firma Praxmarer bei der Ausarbeitung des Erschließungskonzeptes aus ihrer Sicht zu wenig berücksichtigt wurde, wurde Praxmarer Heinrich zwischenzeitlich bei beiden Gemeindevorstandsbesprechungen (05.01.2009 und 26.01.2009) eingeladen seine Wünsche konkret zu äußern. Dabei wurde auch das vorliegende Erschließungskonzept besprochen:

Anordnung der Betriebe Variante 1: Fa. Peham, Fa. Wachter, Staggl Franz-Josef, Zangerle Alexander, Hammerle Michael, Hauptzufahrt, Praxmarer Heinrich (östlich der Hauptzufahrt)

Anordnung der Betriebe Variante 2: Fa. Peham, Fa. Wachter, Staggl Franz-Josef, Praxmarer Heinrich, Hauptzufahrt, Hammerle Michael und Zangerle Alexander (östlich der Hauptzufahrt)

Praxmarer Heinrich konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr persönlich vorstellig werden, hat aber beim gestrigen Telefongespräch zum Ausdruck gebracht, dass, wenn er die Produktion verlagert, die Bautiefe bei der Variante 1 so schmal wäre, dass er lieber an einer breiteren Stelle bauen würde. Grundsätzlich wurde er wiederum darauf hingewiesen, dass es für die Gemeinde wichtig wäre zu wissen, welcher Betrieb wann anfängt zu bauen.

Für eine möglichst rasche Realisierung des Projektes wäre heute jedenfalls eine Richtungsentscheidung durch den Gemeinderat zu fassen. Alle Wünsche zu 100 Prozent zu erfüllen wird schwer, so der Bürgermeister.

Folgende konkrete Wünsche liegen vor:

- Firma Wachter hat bereits einen Terminplan übermittelt – Baubeginn Herbst 2009.
- Firma Peham möchte ebenfalls so bald als möglich die genauen Daten für die Planung.
- Staggl Franz-Josef und Zangerle Alexander sind ebenso an einem ehest möglichen Baubeginn interessiert.
- Baubeginn Hammerle Michael 2010.
- Praxmarer Heinrich möchte in 2 – 3 Jahren eine Lagerhalle und ein Verkaufsgebäude errichten und hat zum Ziel die Fertigung zu verlegen, dazu aber keine konkrete Aussage über die effektiv notwendige Bautiefe. Er wurde auf die Vorteile beim Erwerb der Fläche östlich der Haupteinfahrt hingewiesen (bessere Manipulation, keine Beeinträchtigung durch Nachbarn).

Diskussion des Gemeinderates:

Vbgm. Schöpf Bernhard findet das Verkehrskonzept nicht schlecht. Ein konkretes Gespräch mit den Betrieben über deren definitiven Grundflächenbedarf wäre erforderlich.

Ein Gespräch mit den Gewerbetreibenden wäre jedenfalls unmittelbar nach der definitiven Zusage der ASFINAG zu führen, so der Bürgermeister dazu.

Laut GV Menghin Manfred wäre zeitliche Eile geboten. Die Gemeinde müsse sich klar werden darüber, wie die Grundflächen angelegt werden, habe als Initiator die Verantwortung dafür und wäre auch gefordert, dass das Konzept funktioniere.

Bei der Entscheidung über die Variante wären auch die Kosten für die Erschließung, Wasser, Kanal zu berücksichtigen, es habe keinen Sinn für die Gemeinde die Flächen teurer als nötig zu machen. Auch die östlichen Flächen müssten mit Wasser versorgt werden, so Vbgm. Schöpf Bernhard dazu.

GR Huber Josef spricht sich für die Verwirklichung der Variante 1 als optimale Lösung - unter anderem auch für die eventuelle Realisierung eines gemeinsamen Energiekonzeptes - aus.

Eine Betonherstellungsfirma sollte nicht zuletzt auf Grund von Lärm und Staub am Rand des Gewerbegebietes situiert werden. Keiner will die Firma Praxmarer ausschließen, aber vom Konzept her wäre die 1. Variante zu bevorzugen.

Laut Vbgm. Schöpf Bernhard wurde auch bei der Gemeindevorstandsbesprechung versucht Praxmarer Heinrich die Vorzüge einer Längsentwicklung seiner Betriebsstätte entsprechend Variante 1 zu erklären.

GR Hammerle Thomas stellt fest, dass bei Realisierung der Variante 2 die Betriebe auch hinsichtlich des Erschließungszeitpunktes nicht zusammenpassen würden.

GR Praxmarer Jürgen stellt die Frage, ob die Firma Praxmarer nicht auch am westlichen Ende situiert werden könne. Dies wäre auf Grund der Verjüngung der Grundfläche und der für die Firma Wachter unbedingt notwendigen, bereits fix vorgegebenen Bauplatztiefe nicht möglich, so der Bürgermeister. Darüber hinaus wäre die Bautiefe auch im Westen zu gering, so GV Menghin Manfred.

Laut Bürgermeister habe Praxmarer Heinrich auch Verständnis dafür gezeigt, dass die Gemeinde nicht länger warten kann. Er kann zum momentanen Zeitpunkt nicht sagen, was für ein Gebäude er bauen wird und auch keine klare Auskunft über die notwendige Bautiefe geben.

GR Hammerle Thomas ergänzt, dass auch die anderen Betriebe deren Zukunftsschritte planen müssten. Wenn die Gemeinde Mils sich nicht entscheidet, werden sie sich anders orientieren. Mils braucht jedenfalls auch Betriebe wie die Firma Wachter mit 20 – 25 Mitarbeitern, so GV Menghin Manfred.

Der Bürgermeister erläutert die nächsten Schritte für eine möglichst rasche Realisierung:

- Beschluss des Gemeinderates über das grundsätzliche Erschließungs- und Baukonzept als Grundvoraussetzung für die definitive Schlussverhandlung mit der ASFINAG.
- Endgültige Festlegung der Kauffläche mit der ASFINAG und der Landesstraßenverwaltung
- Parallel dazu Abstimmung mit der Raumordnung und Umweltbehörde
- Endgültige Fixierung des Baukonzeptes mit den 6 Unternehmern
- Abschluss von Vorverträgen mit den Unternehmern
- Grunderwerb durch die Gemeinde
- Vermessung und Verbücherung der Gesamtkauffläche
- Erschließungsplanung, Widmungs- und Bauplanung, Parzellierung
- Behördliche Bewilligungen (Straßen-, Naturschutz-, Wasser-, Forstrecht)
- Ausschreibung und Vergabe der Erschließungsinfrastruktur (Nachtragshaushaltsplan)
- Verkauf der Flächen an die 6 Betriebe und Übernahme der Straßenbereiche ins öffentliche Gut
- Bau der Erschließungsinfrastruktur
- Zielsetzung für einen möglichen Baubeginn der Betriebe September 2009

Allerdings muss für die Erreichung dieses Zieles jeder Schritt exakt passen, ansonsten wäre der Fahrplan nicht zu realisieren, so der Bürgermeister.

Auch VbGm. Schöpf Bernhard spricht sich im Sinne der wartenden Betriebe dafür aus, den nächsten Schritten planmäßig nachzukommen, es wäre schade, wenn das Projekt nicht begonnen werden könnte.

GR Huber Josef stellt nochmals mit Nachdruck fest, dass hierfür eine konkrete Entscheidung für eine der vorliegenden Varianten (vorzugsweise Variante 1) erforderlich wäre.

Der Bürgermeister ergänzt, dass die Grundsatzentscheidung jedenfalls heute getroffen werden sollte. Im Falle dessen, dass die Betriebe an der bereits besprochenen Stelle bauen möchten, wäre die Variante 1 zu bevorzugen. Aber Praxmarer Heinrich wird jedenfalls beim folgenden Gespräch mit den Betrieben wieder miteinbezogen. Wenn er bis dahin konkret weiß, welche Bautiefe er benötigt und wann er definitiv bauen möchte, dann werde darüber geredet.

GV Praxmarer Hansjörg ist der Meinung, dass es für das Gespräch mit der ASFINAG nicht wichtig wäre zu wissen, wie die Flächen verwendet werden. Er fühlt sich nicht in der Lage zu sagen, dass die „Farben“ so stimmen, wie sie im Plan eingetragen sind. Die Gemeinde verbaut sich nichts damit derzeit keinem Konzept zuzustimmen.

GV Menghin Manfred entgegnet, dass ein klares Konzept sehr wohl erforderlich wäre, um die ASFINAG dementsprechend unter Druck zu setzen und eine rasche Entscheidung zu erwirken.

VbGm. Schöpf Bernhard schließt sich der Meinung von GV Menghin Manfred dahingehend an, dass die Gemeinde ein Konzept für die ASFINAG brauche. Er hat kein Problem sich hierfür auf ein Konzept zu einigen.

Laut GR Westreicher Otto wäre bei vernünftiger Überlegung die Variante 1 zu bevorzugen. Für Praxmarer Heinrich wäre die Situierung im Osten nicht nachteilig.

Der Gemeinderat beschließt mit 9 Ja-Stimmen, GV Praxmarer Hansjörg und GR Staggl Bettina stimmen wegen Befangenheit nicht mit:

Nach Abwägung der Gesamtsituation wird betreffend Erschließungskonzept Gewerbegebiet seitens der Gemeinde grundsätzlich die vorliegende Variante 1 bevorzugt weiterbetrieben. Die endgültige Festlegung erfolgt in Absprache mit den 6 interessierten Gewerbetreibenden.

Zu Tagesordnungspunkt 5:

Gemeindearbeitertätigkeit – Neuregelung mit Stellenausschreibung

Personalangelegenheiten werden nicht auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht.

Der Gemeinderat beschließt mit 11 Ja-Stimmen:

Die Stelle eines teilzeitbeschäftigten Gemeindearbeiters mit einem Beschäftigungsausmaß von 30 Wochenstunden wird ausgeschrieben. (siehe Anlage: Kundmachung)

Zu Tagesordnungspunkt 6:

Einführung Biomüllentsorgung

Der Bürgermeister berichtet, dass bis dato lediglich 11 Haushalte ihren Bedarf für die angebotene Biomüllentsorgung angemeldet haben.

Mittel- bis längerfristig ist allerdings ein steigender Bedarf zu erwarten.

Auf Vorschlag des Bürgermeisters wird die Einführung der Biomüllentsorgung mit einhelliger Unterstützung des Gemeinderates offensiv betrieben.

Der Gemeinderat beschließt mit 11 Ja-Stimmen:

Die Vergabe der Biomüllabfuhr erfolgt – vorbehaltlich der Teilnahme von mindestens 20 Haushalten – an die Firma Prantauer.

Zu Tagesordnungspunkt 7:

Auslagerungsversicherung Abfertigung

Das Angebot der Tiroler Versicherung für den Abschluss einer Auslagerungsversicherung zum Zwecke der Ansparung der Abfertigungen für jene Mitarbeiter, die nach dem alten Abfertigungsmodell beschäftigt sind, wurde den Gemeindevorständen bei der Sitzung vom 05.01.2009 zur genaueren Einsicht zur Verfügung gestellt.

Die Kosten für die Gemeinde würden sich auf ca. 4.500,- Euro pro Jahr belaufen, so der Bürgermeister.

GR Thurner Thomas stellt fest, dass der Abschluss nur dann zu befürworten wäre, wenn die Beiträge nicht in Aktien oder Aktienfonds angelegt würden. Zudem sollte abgeklärt werden, welcher Auszahlungsbetrag fix garantiert wird.

Lauf GV Menghin Manfred handelt es sich bei dem vorliegenden Angebot um ein Gewinnbeteiligungsmodell, wobei die Prämienvorschreibung auf einer gewissen Laufzeit basiert. Was passiert, wenn ein Dienstnehmer früher ausscheidet?

Eine 100-prozentige Sicherheit wäre nicht gegeben, so Vbgm. Schöpf Bernhard. Er spricht sich aber grundsätzlich für die Ansparung der Abfertigungen aus.

Der Gemeinderat befürwortet grundsätzlich den Abschluss der Auslagerungsversicherung.

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, nach Einholung von Detailinformationen durch einen Berater der Tiroler Versicherung, die endgültige Entscheidung über den Abschluss der Auslagerungsversicherung zu treffen.

Zu Tagesordnungspunkt 8:

Einbringung Klage Getränkesteuer-Ersatzregelung beim Verfassungsgerichtshof

RA Dr. Moser Markus berichtet:

Im April 2008 brachte die Gemeinde Mils beim Verfassungsgerichtshof eine Klage im Hinblick auf bestehende Ungerechtigkeiten bei der Verteilung von Steuererlösen aus dem Getränkesteuerausgleich ein. Die Gemeinde Mils beehrte die Feststellung, dass ihr mehr aus dem Finanzausgleich zustehe, als derzeit vom Finanzausgleichsgesetz bestimmt.

Durch Beschluss vom 05.12.2008 wurde diese Klage vom Verfassungsgerichtshof aus formellen Gründen zurückgewiesen. Der Verfassungsgerichtshof begründete die Zurückweisung damit, dass ein Leistungsbegehren gestellt hätte werden können, und deshalb das Feststellungsbegehren unzulässig gewesen wäre.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung der Richter am Verfassungsgerichtshof mit den Argumenten der Gemeinde Mils erfolgte bislang nicht.

Die im bisherigen Verfahren eingegangenen Stellungnahmen brachten neue Informationen zutage. So hat sich manifestiert, dass das Bundesministerium für Finanzen der derzeitigen Regelung sehr kritisch gegenübersteht und bereits im Jahr 2004 entsprechende Änderungsvorschläge unterbreitete, für welche seitens der Interessenvertreter der Gemeinden keine Zustimmung zu finden war.

Lediglich aus dem Grund, da divergierende Interessen innerhalb des Gemeindebundes dies verhinderten, wurden nicht bereits für die Finanzausgleichsperiode 2005 – 2007 entsprechende Anpassungen der Verteilungsschlüssel für den Getränkesteuerenausgleich vorgenommen. Die im Jahr 2000 als Provisorium beschlossene Getränkesteuerersatzlösung soll nicht zu einem Dauerzustand werden.

Auf Grundlage der bisherigen Argumente könnte nun eine neue Klage beim Verfassungsgerichtshof eingebracht werden, indem die Ansprüche – den Anweisungen des Verfassungsgerichtshofes entsprechend – beziffert werden.

Insbesondere auf Grund der neu gewonnenen Informationen, dass der Gemeinde Mils auf Grund der nach Abschaffung der Getränkesteuer in der Raststation Trofana Tyrol erzielten Umsätze für die Jahre 2005 bis 2008 jährlich ein zusätzlicher Betrag von 85.000,00 zusteht, wird das Klagebegehren auf einen Gesamtbetrag von 340.000,00 Euro beziffert.

Zumal die Mittel aus dem Finanzausgleich von den Ländern an die Gemeinden weitergeleitet werden, ist das Land Tirol beklagte Partei, auch wenn die gesetzlichen Bestimmungen auf Bundesebene beschlossen wurden.

Für die Einbringung der neuen Klage fallen Kosten in Höhe von 220,00 Euro an. Auch für die zurück gewiesene Klage fielen für die Gemeinde Mils lediglich Gerichtsgebühren in Höhe von 180,00 Euro an.

Der Gemeinderat beschließt mit 10 Ja-Stimmen, Bgm. Moser Gebhard stimmt wegen Befangenheit nicht mit:

RA Dr. Moser Markus wird bevollmächtigt und beauftragt, beim Verfassungsgerichtshof eine neue Klage einzubringen, mit welcher für die Jahre 2005 bis 2008 jeweils 85.000,- Euro an zusätzlichen Ertragsanteilen, insgesamt daher 340.000,- Euro, geltend gemacht werden.

Zu Tagesordnungspunkt 9:

Ansuchen gemäß § 59 Abs. 8 TBO betreffend Bp .165

Aufbringung eines Vollwärmeschutzes vor Grundstücksgrenze bzw. Straßenfluchtlinie

Das Gebäude Bauparzelle .165 grenzt an der Nord- und Ostseite mit der Fassade teilweise direkt an die Straßenfluchtlinie. Der Grundeigentümer Rueland Andreas beabsichtigt die Anbringung eines Vollwärmeschutzes und braucht hierfür die Genehmigung des Straßenverwalters gemäß § 59 Abs. 8 der Tiroler Bauordnung, wonach mit Zustimmung der Gemeinde sodann der Vollwärmeschutz bis höchstens 20 cm vor die Straßenfluchtlinie ragen darf.

GV Menghin Manfred stellt fest, dass die zukünftige Erhaltung der Fassade definitiv beim Eigentümer liegen müsste. Darüber hinaus könne die Gemeinde auch für sämtliche Vorgänge auf der Verkehrsfläche, die eine negative Einwirkung auf die Fassade haben, keine Haftung übernehmen.

Der Gemeinderat stimmt dem Ansuchen des Grundeigentümers der Bauparzelle .165 Rueland Andreas gemäß § 59 Abs. 8 Tiroler Bauordnung grundsätzlich einstimmig zu, GV Praxmarer Hansjörg stimmt wegen Befangenheit nicht mit:

Der Vollwärmeschutz des Gebäudes Bauparzelle .165 darf bis höchstens 20 cm vor die Straßenfluchtlinie ragen.

Der Beschluss ist durch den Grundeigentümer zur Kenntnis zu nehmen und erfolgt vorbehaltlich der durch den Gemeindevorstand zu formulierenden Bedingungen.

Zu Tagesordnungspunkt 10:

Beschlussfassung Satzung des Schulverbandes

Der Bürgermeister berichtet, dass die Satzung des Schulverbandes auf Grund formaler Anpassungen an die Tiroler Gemeindeordnung (TGO) geringfügig anzupassen ist:

- Anpassung der Funktionsperiode an die Gemeinratsperioden
- Verbandsversammlung: Stadt Imst hat künftig 3 Mitglieder gemäß TGO
- Anpassung der Gesetzesverweise auf die TGO bzw. das Tiroler Schulorganisationsgesetz
- Für die Überprüfungsausschussmitglieder sind Ersatzmitglieder zu wählen

Der Gemeinderat hat mit 11 Ja-Stimmen die vorliegende Satzung des Schulverbandes Imst beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 8:

Bericht des Bürgermeisters

➤ **Umbau Feuerwehrgebäude**

Gespräch Bürgermeister, Feuerwehrkommandant Bregenzer Gerhard, Stellvertreter Praxmarer Gregor, Bezirksfeuerwehrinspektor Wagner, Landesfeuerwehrinspektor Gruber am 18.12.2008
Geplante Maßnahmen: WC Damen und Herren, Vergrößerung Funkraum, Verlegung der Werkstätte, Vergrößerung des Aufenthalts- und Schulungsraumes, Einbau einer Gasheizung, Wärmedämmung der Fahrzeughalle

Nach Erstellung des Konzeptes mit Plan und Kostenschätzung folgt eine Besprechung mit dem Landesfeuerwehrinspektor bei Landeshauptmannstellvertreter Steixner hinsichtlich der Finanzierung. Eine Bedarfszuweisung wurde für Anfang 2010 in Aussicht gestellt. Aus diesem Grund wurden im heurigen Jahr wie bereits erwähnt lediglich 10.000,- Euro für die Planung und Vorbereitung budgetiert, die weitere Gemeindefinanzierung erfolgt 2010.

➤ **Alpiner Schutzwaldpreis 2008 für die Agrargemeinschaft Mils**

Der Alpine Schutzwaldpreis stellt eine Auszeichnung vorbildlicher Schutzwaldarbeit in den Alpenländern Bayern, Graubünden, Südtirol, Vorarlberg, Kärnten und Nordtirol dar. Dieser Preis wird seit drei Jahren jährlich an Vorzeigeprojekte aus der Alpenregion in fünf Kategorien vergeben. Heuer waren in der Kategorie „Erfolgsprojekte“ neben einem Projekt aus Südtirol zwei Vorzeigeprojekte aus dem Bezirk Imst von einer hochkarätig besetzten Fachjury für diese hohe Auszeichnung nominiert. Das Projekt „Revitalisierung Milser Au“ wurde schließlich als Siegerprojekt in dieser Kategorie gekürt.

Diese hohe Auszeichnung wurde von politischen Vertretern aus Vorarlberg, Tirol, Südtirol, Bayern, Graubünden/Schweiz und Liechtenstein im Rahmen einer beeindruckenden Verleihung am 22.01.2009 in Götzis an die Agrargemeinschaft Mils bei Imst, unter der Leitung von Obmann Neuraüter Hartmut, übergeben.

Die Auszeichnung ist für das Projekt eine große Aufwertung und gleichzeitig auch ein Rückhalt für die Initiatoren.

- **Bewertung der Substanzwerte der Agrargemeinschaft**
Bezirksforstinspektor DI Winkler Peter ist für die Substanzbewertung im forstlichen Bereich zuständig
Die Bewertung der Bauplatzflächen erfolgt derzeit durch den Sachverständigen Jenewein, Innsbruck.
Über das Ergebnis wird der Gemeinderat informiert.

- **Winterdienst in den Nachbargemeinden**
Beim Winterdienst der Nachbargemeinden wird überwiegend Salz verwendet.
Die Errichtung eines gemeinsamen Salzsilos zwischen den beiden Gemeinden Schönwies und Imsterberg ist geplant. Im Falle der Umsetzung wird auch die Gemeinde Mils darüber informiert und es kann darüber beraten werden, ob eine Umstellung sinnvoll wäre.

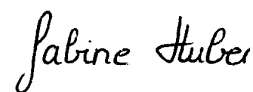
- **Weihnachtskrippe**
Der Waldaufseher hilft jährlich beim Auf- und Abbau der Weihnachtskrippe. Er weist darauf hin, dass längerfristig eine Alternative überlegt werden sollte, da deren Überleben begrenzt ist.

Zu Tagesordnungspunkt 10: Anträge, Anfragen und Allfälliges

- **Vbgm. Schöpf Bernhard:**
 - Die Krippenfiguren der Weihnachtskrippe könnten im Bereich des Pavillons platziert werden.
 - Raum für die Landjugend Mils
Wird der Raum der ehemaligen Bücherei im Widum für die Landjugend zur Verfügung gestellt?
Laut Bürgermeister findet demnächst eine Pfarrkirchenratssitzung statt, wo er den Wunsch vorbringen wird.
 - Jagdausschreibung
Die Ausschreibung erfolgte auf Wunsch des Obmannes Neuraüter Hartmut in Absprache mit dem Gemeindevorstand.
 - Schi- und Rodelrennen des Sportvereins am 7. und 8. Feber 2009

- **GR Huber Josef erkundigt sich nach dem derzeitigen Stand betreffend Medalp**
Der Beharrungsbeschluss für die Umwidmung des Areals wurde bei der gestrigen Sitzung des Stadtrates der Gemeinde Imst gefasst, so Vbgm. Schöpf Bernhard.
Erst jetzt sind weitere Schritte für Dr. Schranz möglich. Ergänzend stellt der Bürgermeister fest, dass die Führung des Krankenhauses Zams dem Bau der Medalp - entgegen bisheriger Gerüchte - positiv gegenüber stehe und die Errichtung zum Teil auch als notwendige Ergänzung gesehen werde.

Schriftführer:



Sabine Huber

Bürgermeister:



Gebhard Moser

Unterschrift von 2 Gemeinderäten: